

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau OS., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Versteht

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Preis: Vierteljährlich am Orte 1,80 M.,
bei allen Verkauften 2,10 M.

Druck und Verlag von

P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau OS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Wichtige Preise:

Für die einseitige Beilage oder deren Raum 80 Pf.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 97.

Donnerstag, 29. 12

Mittwoch, den 3. Dezember 1919.

Donnerstag, 29. 12

41. Jahrg.

Hindenburg über Deutschlands Zukunft.

Berlin, 29. November. Verehrer des Generalfeldmarschalls von Hindenburg haben ihn nach seiner Rückkehr aus Berlin nach dem Eindruck der Vorgänge in der Reichshauptstadt und nach seiner Auffassung über die Zukunft Deutschlands gefragt. Die Antwort des Generalfeldmarschalls sei in folgenden Zeilen wiedergegeben:

Ein Volk, das den lebendigen Glauben an die allwollende Gerechtigkeit in der Geschichte hat, kann auch in schwersten Schicksalslagen nur gebeugt, nicht gebrochen werden! Deshalb ist es unsere Pflicht, auch in schwärzester Zeit stark im Glauben zu bleiben. Dann folgt auf Sorgen und Handeln der Sieg!

von Hindenburg.

Die Eroberungspolitik der Franzosen.

Rotterdam, 28. November. Die „Times“ meldet aus Paris: Im Rat der Alliierten ist eine neue Note an Deutschland beschlossen, die die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen bis Ende Dezember verlangt.

Ein Ultimatum an Deutschland.

Wie von gutinformierter Seite gemeldet wird, trägt die neuerdings der deutschen Regierung von der Entente zugegangene Note ultimativen Charakter. Deutschland wird zur unbedingten Anerkennung der Ententesforderungen gezwungen.

Endlich ein „Unannehmbar“?

Berlin, 29. November. Aus dem Robnett naheheubenden Kreisen vernimmt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, in der Frage der Ablieferung der 400 000 Tonnen Docks, Bagger und Schiffsmaterials nicht nachzugeben. Es handelt sich hier nicht um eine Preisfrage, sondern darum, daß die Abgabe des geforderten Materials Deutschlands wirtschaftliche Existenz schlechterdings unterbinden würde. Ebenso unannehmbar sei für die Reichsregierung die Klausel des Anerkennungsprotokolls, nach der in das Belieben Frankreichs gestellt wäre, jederzeit in Deutschland militärisch einzurücken. Die Reichsregierung, so schreibt das Blatt, will den Forderungen, aber nicht eine einseitige Fortsetzung des Krieges. Als selbstverständliche Voraussetzung wird angesehen, daß die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen zurückgeführt werden, sobald der Friedensvertrag es vorsieht, und nicht nach den neuen Bedingungen. Rantsys-Akten über den Ursprung des Krieges.

Die Londoner „Times“ wird am Sonnabend ausführliche Auszüge aus den von Rantsys zusammengestellten Akten über den Ursprung des Weltkrieges veröffentlicht. Rantsys hat angeblich aus den Akten über die Potsdamer Konferenzen vom 5. und 6. Juli den Eindruck gewonnen, daß es sich nicht um einen Kontrat, sondern um einen Kriegsrat gehandelt hat, um eine Verschwörung, die sich mindestens gegen Serbien und Rußland, wenn nicht gegen die ganze Welt, richtete. Die weiteren Besprechungen am 6. Juli in Berlin zwischen Bethmann Hollweg und Bertholds Abgesandten, Graf Hoyos, und die am nächsten Tage in Wien gefassten Beschlüsse verrieten diese Ansicht.

Rantsys Feststellungen legen die Ereignisse klar vom Tage des Mordes von Serajewo bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und vom Kriegsrat zu Potsdam am 5. Juli bis zu einem Befehl v. Moltkes an den Generalstab vom 5. August, in welchem mittellose Kriegsmethoden, namentlich gegen

England, befohlen wurden. Die bemerkenswerten von Rantsys mitgeteilten Dokumente sind die Randbemerkungen des Kaisers in Telegrammen und Briefen, die ihm vorgelegt wurden. Am 30. Juli unterschrieb Wilhelm II. die Notwendigkeit einer gründlichen Abrechnung mit Serbien mit den Worten: „Jetzt oder nie!“ Am 30. Juli äußerte er dem Reichskanzler gegenüber in heftigen Verwünschungen die Furcht, daß England eingreifen und seine Pläne und ihn selbst zugrunde richten werde.

Wie der „Kor.-Anz.“ hört, ist Rantsys selbst jetzt mit der Ausarbeitung einer Schrift beschäftigt, in der er sich gegen die Veröffentlichung wendet.

Italien ratifiziert nicht.

Genf, 29. November. Radio meldet aus Rom: Die Ratifikation durch das Parlament gilt als ungewiß. Man rechnet mit einer provisorischen Annahme des Friedensvertrages und wird bald eine Revision desselben verlangen.

Noch 130 000 russische Kriegsgefangene in Deutschland?

Amsterdam, 29. November. „Daily Mail“ meldet aus Helsinki: Im Sowjet zu Moskau teilte Lenin mit, daß die Zahl der noch von Deutschland zurückgehaltenen russischen Kriegsgefangenen fast 130 000 beträgt.

Die Kriegsgefangenen-Frage.

Berlin, 29. November. Die Internationale christliche Arbeitervereinigung, Untergruppe Berlin, richtete an den Obersten Rat in scharfen Worten die dringende Aufforderung, für Freilassung der Gefangenen zu sorgen, die noch ein Jahr nach Niederlegung der Waffen in Gefangenschaft schmachten. Hunderttausende schmachten noch in qualvoller Gefangenschaft und werden zu Sklavendiensten verurteilt, sowohl in Frankreich als in Serbien, Rumänien, Griechenland und auf den Eisfeldern Sibiriens. In allen Jahrtausenden der Weltgeschichte sei so etwas nicht dagewesen. Auch die neutralen Völker empfinden die brennende Schmach dieses Frevels, der ein Verbrechen gegen Menschlichkeit und Kultur, eine brutale Herausforderung der gesamten zivilisierten Menschheit darstelle.

München, 29. November. Der bayerische Landtag nahm gestern Nachmittag eine Protesterklärung gegen die Note Clemenceaus bezüglich der Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen an, in der sich alle Parteien geschlossen ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses an das Menschlichkeitsempfinden und das Gewissen der ganzen Welt wenden.

Paris, 29. November. Die Note Clemenceaus und die deutsche Antwort über die Kriegsgefangenen wurden in Frankreich amtlich nicht veröffentlicht. Die Blätter bringen Auszüge aus deutschen Zeitungen.

Ein Urteil der Entente.

Ein bemerkenswertes englisches Marinefachblatt („The Naval Military Record“) führt in einem Aufsatz „Die Schicksale des Krieges“ folgende Auszüge:

„Zwischen den revolutionären Vordrängen auf französischen Kriegsschiffen im Schwarzen Meer und in London und der deutschen Marineverheerung im Herbst vorigen Jahres besteht keinerlei Ähnlichkeit. Die letztere wurde hervorgerufen durch die Furcht vor der englischen Flotte (d. h. durch Furcht!). Sie hatte das Ergebnis, die deutsche kaiserliche Flotte kampfentföhig zu machen.“

Dieses Urteil, das nicht nur die öffentliche Meinung der Ententevölker beherzigt und das überzeugend an der Wahrheit kaum gelingen dürfte, wird den Ruf der deutschen Marinefachleute und somit den der deutschen Kriegsführung für lange Zeit schwer belasten. Die jenseitigen Mannschaften der deutschen Flotte von heute

sind von früher, bevor ihre soldatische Ehre und die Ehre der deutschen Kriegsführung heilig ist, mögen sich bei den Revolutionären auf den damals noch deutschen Kriegsschiffen haben abgeben, daß sie den Ruf der militärischen Tapferkeit der deutschen Seemannschaft bewahrt haben, und daß es lange Zeit bedauern wird, um ihn wieder in seinem früheren Glanze herzustellen.

Die deutsche Flotte.

Bern, 29. November. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beschäftigte sich gestern mit dem Schicksal der abgelieferten deutschen Kriegsschiffe und beschloß im Prinzip die Vernichtung der Flotte, nur die Verteilung des sich daraus ergebenden Materials ist noch zu regeln. In Frankreich und Italien sollen Schiffe abgegeben werden, da die Werften beider Länder im Kriege nicht bauen könnten; an andere Mächte sollen Schiffe verliehen werden. Ueber die Verteilung des Hafenmaterials, das als Entschädigung für die in Scapa Flow versenkten Schiffe gefordert wird, wurde noch kein Entschluß gefaßt.

Paris, 30. November. „Chicago Tribune“ meldet: Es sollen nicht nur die Engländer, sondern auch die Amerikaner auf jeden Anteil an der deutschen Flotte verzichtet haben. Frankreich und Italien erhielten je fünf leichte Kreuzer und je zehn moderne Torpedoboote. Außerdem sollen Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan je einen Panzerkreuzer, je einen Kreuzer, und ein modernes Torpedoboot erhalten, aber nur als Modell und zum Studium unter der Aufsicherung, daß sie später zerstört würden. Was die deutschen U-Boote anbelangt, soll Frankreich davon zehn erhalten, die anderen würden zerstört. Das Blatt sagt noch, die Alliierten würden zweifellos ohne fünf alte Kreuzer vom Typ Regensburg verlangen. Der Drednought „Baden“ wurde Frankreich zugesprochen.

Madensens Heimkehr.

Auf der Heimreise nach Deutschland traf Sonntag nachmittags Generalfeldmarschall von Madensen im Sonderzuge aus Budapest auf dem Wiener Ostbahnhof ein. Er setzte nach kurzem Aufenthalt die Reise nach Deutschland fort.

Ein Generalpardon.

Berlin, 1. Dezember. Der Nationalversammlung ist zur Reichsabgabenordnung und Erfassung des Vermögens und des Einkommens ein Zentrumsantrag Trimborn und Genossen eingegangen, der eine Straffreiheit für diejenigen fordert, die trotz früherer unrichtiger Angaben jetzt aus eigenem Antrieb pflichtgemäß richtige Annahmen machen.

Die Not in Oesterreich.

Wien, 29. November. Das „Corr. Büro“ meldet: Getreide- und Mehlverknüpfungen aus Triest sind im Anstehen und zwar für Wien 2000 Tonnen, für Graz 2500 Tonnen. Weitere 10000 Tonnen Getreide werden erwartet.

Hungertod der Kinder.

Wien, 28. November. Der Präsident der medizinischen Fakultät der Universität teilte mit, daß in der Kinderklinik im letzten Monat 72 Schuttlings wegen Mangel an Milch zu Grunde gegangen seien.

In Polen sind 70 Prozent der Bevölkerung Analphabeten.

Konzer Genhochschulung, Genhochschulung, vom 28. November (Nr. 22) schreibt:

Nur 2 Proz. des Budgets für Volksbildung bewilligt. In der letzten Sitzung der vereinigten Landtagskommissionen wegen des Budgets für Volksbildung stellte der Referent Dr. Adam fest, daß die Ausgaben für die Schulwesen nur 2 Proz. des ganzen Budgets betragen:

In Warschau selbst bleiben 100 000 Kinder im schulpflichtigen Alter ohne Schule! In Polen sind 70 Proz.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Mündelsichere Vermögensanlage

Im ungünstigsten Fall in 20 Jahren verdoppeltes Kapital!

der Bevölkerung Analphabeten. In 20 von der Volks-
anweisung werden 2 Proz. des Budgets bewilligt, also
21/2-mal weniger als für die Polen.
Im letzten Budgetjahr hat das Ministerium für Volks-
anweisung 52 Millionen Mark ausgeben, gegenwärtig
voraussieht es für einen neuveranschlagten Etat 20
Millionen Mark. Es gelang in der Vorlesung um,
aber den Rücktritt Dr. Kautskis, der von der Ein-
setzung des Budgets für das Schulwesen durch Herrn Reich-
minister für die Bildung, Herr Reichminister von Bülow,
der letzte Reichsminister für Volksanweisung, zu
den Reichsminister: „Bildet Euch nicht ein, daß die
Volksanweisung in Polen an erster Stelle stehen wird.“
Seiner haben sich diese Worte bei uns sehr bewacht.
Trotzdem hat Herr Reichminister nicht vorangehen, daß das
Schulwesen bei uns an erster Stelle, hinter der Polizei,
steht.

Die obererschlesische Frage.

Lesen und Oberschlesien.

Mährisch Odrau, 1. Dezember. Die pol-
nische Telegraphenagentur in Leschen teilt mit,
daß die Volksabstimmung im Leschen Gebiet
in der ersten Hälfte des Monats April 1920,
einige Tage nach der Abstimmung in Ober-
schlesien, durchgeführt werden soll. Durch diese
Terminfestlegung soll dem Wunsch der Be-
völkerung von Leschen und Umgebung ent-
sprochen werden, die vor der Abstimmung
wissen will, ob Oberschlesien zu Polen fällt
oder nicht.

Ober- und Oberschlesien.

Beuthen, 1. Dezember. Zu der Meldung,
daß Polen beabsichtige, aus dem tschechischen
Schlesien und Oberschlesien ein selbständiges
Gebiet zu bilden, meldet der „Dziennik
Głoski“, diese Nachricht trifft nicht zu. Der
polnische Handelsminister sagte schon am 10.
Oktober, daß aus Oberschlesien und dem tsche-
chischen Schlesien eine Wojewodschaft Schlesien
als selbständige autonome Einheit gebildet
wird.

Die Besetzung Oberschlesiens.

Kottbus, 29. November. Infolge der
durch den deutsch-französischen Notenwechsel ein-
getretenen Störung hat auch die Besetzungs-
frage insoweit eine Störung erlitten, als der
anfanglich bestimmte Termin, 15. Dezember
1919, nicht mehr eingehalten werden kann.

Eine neue Lesart

über den Rücktritt Hörsings.

Berlin, 29. November. Staatskommissar
Hörsing wird, wie die W. N. M. hören, tat-
sächlich aus seinem Amte scheidet, da er in
seiner Person ein Hindernis für die Einigung
der deutschen Parteien in Schlesien liegt. Über
die Frage der Ausübung des Völkerungs-
zustandes im Zusammenhang mit dem Abstrich-
gesetz finden in der preussischen Regierung zur
Zeit keine Verhandlungen statt.

Wie die „Preussische Zeitung“ hierzu erzählt,
hat in der Beratung der sozialdemokratischen
Parteiämänner über die Zukunft Oberschlesiens
die Frage der Ausübung des Völkerungs-
zustandes eine verhältnismäßig nur untergeord-
nete Rolle gespielt. Es war vielmehr die von
dem Reichs- und Staatskommissar Hörsing
allgemein verfolgte Politik, die ihn in den
Augen der Teilnehmer an jener Beratung zur
Steuerung der deutschen Propaganda als unge-
eignet und die es ihnen geboten erschienen ließ,
diese Aufgabe einer gemäßigten parteilichen Arbeits-
gemeinschaft zu übertragen.

Volks- u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 2. Dezember 1919.

§ (Die Gültigkeit der Stadtverord-
nungen.) Ist nach einer solchen eingegan-
genen Regierungsverordnung nicht von den neuen,
sondern von den alten Stadtverord-
nungen zu prüfen. Aus diesem Grunde wird
die alte Stadtverordnungsversammlung auch
hierorts nochmals in Kürze einberufen werden,
um hauptsächlich über diesen Punkt, aber auch
über etwaige andere Vorlagen zu beschließen.
Erst nach der betr. Gültigkeitsklärung wird
die neue Stadtverordnetenversammlung und
zwar von dem ältesten Mitglieder (in Sobran
Herr Konstantin Heilig) zusammenberufen.

§ (Volkschule.) Gestern, am ersten
Anmeldungs-Tag, sind bereits 130 Schüler für
die verschiedenen Lehrgänge aufgenommen wor-
den, ein erfreulicher Beweis dafür, daß auch in
unserer Stadt das Interesse für den Volks-
schulunterricht ein sehr reges ist. Die fester-
liche Eröffnung und zugleich der erste große
Volksabend unserer Volkschule findet Son-
abend den 6. d. M., abends 1/8 Uhr im
Broll'schen Saale statt. Der Männergesang-
verein hat sein Mitwirken zugesagt. Nach
einer kurzen Eröffnungsrede wird Herr Stad-
tkommissar sprechen über: „Oberschlesien in Wort
und Bild“ (mit Bildern). — Vom Arbeits-
ausfluß sind in den Vorstand der Volkschule
gewählt worden die Herren: Studenten-

offizier Dorminger, Pastor Jemberle,
Lehrer Reuelt, Oberlehrer Seemann und
Herr Blant (kleiner als Schachmeister.)

§ (Ueber seine Erlebnisse bei der
Kaiser-Armee.) Hält morgen Mittwoch abends
8 Uhr im Broll'schen Saale der frühere Ser-
geant Major bei der Kaiser-Armee, Entowski,
einen öffentlichen Vortrag, zu dem Jedermann
freien Eintritt hat.

§ (Eine Sitzung) des landwirtschaftlichen
Kobalvereins Sobran findet am Sonnabend den
6. Dezember, nachmittags 4 Uhr in Zweig's
Hotel in Sobran statt. Auf der Tagesord-
nung steht u. a. ein Vortrag des Herrn Reich-
Landwirtschaftsministers Kramer: „National-
ökonomie: Wie hat der Bauer unter den heuti-
gen Verhältnissen seinen Betrieb einzurichten?“
— Die Abhaltung einer Schulfeier soll
ebenfalls besprochen werden.

§ (Die Hinterbliebenen von Kriegs-
teilnehmern) werden auf die in der heutigen
Nr. dieses Blattes enthaltene amtliche Bekannt-
machung aufmerksam gemacht, sich behufs An-
meldung und Prüfung ihrer Bedürftigkeit
am 4. und 6. d. M. im Rathaus — Zimmer
Nr. 3 — zu melden. Es liegt im eigenen
Interesse dieser Hinterbliebenen, die Anmeldung
zu bewirken, gleichwohl, ob bei ihnen eine Be-
dürftigkeit vorliegt oder nicht. Die Bedürftig-
keit wird durch den Magistrat geprüft werden.

§ (Die Kapelle des Regiments Kaiser)
konzertiert morgen von 8 bis 10 am Ringe hier-
selbst.

§ (Als Stadtkapellmeister) beabsichtigt
sich Herr Herr Kapellmeister Wagner, gegen-
wärtig beim III. Btl. Reichsartillerie-Regt.
Nr. 9, im Frühjahr nächsten Jahres nieder-
zulassen. Herr Kapellmeister Wagner ist ein
äußerst tüchtiger und gewandter Dirigent
und den Sobranern durch sein Auftreten mit
der genannten Kapelle, das letzte
Mal am vergangenen Donnerstag nachmittag
durch eine Parade-Musik am Ringe, bekannt.
Die Stadt könnte sich zu diesem
Unternehmen, dessen Rentabilität hauptsächlich
auch von einem tüchtigen Leiter abhängt,
nur bestens gratulieren. Ist doch gute Musik
des Lebens Würze und des Lebens Freude.

§ (Mietzeinigungsamt) Eine Zweig-
stelle des Mietzeinigungsamts des Kreises
Hörsing ist für den hiesigen Stadtbereich unter
dem Vorsitz des Herrn Amtsrats Dr. F. L.
hier errichtet worden. Stellvertreter ist Herr
Rechtsanwalt Dr. Zuder. Alle Mietzein-
scheidungen sind für die Folge nicht mehr dem Miet-
zeinigungsamt in Hörsing, sondern der hiesigen
Zweigstelle zu unterbreiten. (S. amtl. Teil.)

§ (Als Geschworene) für die am 8. d.
M. beim Landgericht Ratibor beginnende
Schwurgerichtsperiode sind aus Sobran und
Umgebung folgende Herren angezogen worden:
Hilfenberger Kurt Panofsky aus Sobran,
Mühlensberger Franz Sobczyk in Altschön,
Rittergutsbesitzer Leopold Prosske aus Ho-
gelsau.

§ (Besichtigung.) Die Broll'sche Haus-
besitzerin in der Breitenstraße hier selbst hat der
Schuhmachermesse Jakob Schmallo für
41000 M. erworben; letzterer wiederum ver-
kaufte seine 30 Morgen große Wirtschaft in
Gierdorf an den Mühlensberger Emanuel
Sohn aus Petrowitz bei Breslau.

§ (100-jähriges Jubiläum der kath.
Volkschule in Kreuzdorf.) Am fünf-
ten Dienstag, den 9. Dezember kann die kath.
Schule in Kreuzdorf, Kreis Bfz., auf ihr
100-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem
Anlaß findet an diesem Tage eine Festliche und
eine Schulfestfeier statt.

§ (Fahrlässige Tötung.) Der Schülze
H. M. vom Schützen-Regt. 9, der im Quartier
in Pawlowitz mit seinem Gewehr hantelte,
als plötzlich ein Schuß losging und die Tochter
seines Quartierwirts Pollok tötete, ist vom
Kriegsgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt
worden.

§ (Festgenommen) wurde vorige Woche
eine Bande von 6 Burken, an deren Spitze
der 24-jährige Grubenarbeiter Jagna Kurala
aus Gorbawitz steht. Die fünf anderen sind
die Grubenarbeiter Wilhelm Marcol, Jos.
Jargna, Alois Wollitz und Franz Kon-
iet, sämtlich aus Zosbrock. Der Gruben-
besitzer in Orselitz ist die Bande durch
Beweisstücke überführt worden, aber auch die
anderen Grubenarbeiter in der dortigen Gegend, be-
sonders im Pfarrhause zu Wolosch, werden
auf ihr Konto gefügt. Kurala war schon vor
einiger Zeit festgenommen worden, es gelang
ihm jedoch damals, wieder zu entkommen.

§ (Beschaffungsbeihilfe für Kommu-
nalbeamte.) Der Magistrat des Jauern hat
in einem an die Regierungspräsidenten gerichteten

Gesuch ersucht, den Gemeinden und Gemein-
verbänden ihres Bezirks dringend zu empfehlen,
daß sie für ihre Branten und Angehörigen so-
wie für ihre Nachschuttsmitglieder und Inter-
essierten ihrer Branten schenkenmäßig entsprechende
Hilfe leisten lassen. Hierbei soll es möglich
sein, die gleichen Grundsätze beizubehalten, die in
dem Granderlocher Beschlusse einer ein-
maligen Beschaffungsbeihilfe für die unmittel-
baren Staatsbeamten und die Volkschul-
lehrer ausgestellt sind.

§ (Zur Besetzung des Oberpräsidiums
in Appeln.) Woffe B. o. meldet: In ein-
zelnen Sitzungen war anlässlich der kürzlich ge-
gebenen Ernennung des kommissarischen Ober-
präsidenten Bitta demagiert worden, daß Bitta
nur zum stellvertretenden Oberpräsidenten der
neu gegründeten Provinz Oberschlesien ernannt
werden ist. Bitta ist kommissarisch mit der
Abrechnung der Geschäfte des Oberpräsidenten
betraut worden. Die endgültige Besetzung kann
deshalb noch nicht erfolgen, weil der Nachtrag-
etat für die Provinz Oberschlesien noch nicht
von der Volksvertretung bewilligt und insbe-
sondere ein entsprechender Oberpräsidentenposten
nicht vorhanden ist.

§ (Die Gültigkeit der obererschlesischen
Gemeinbewahlen.) Der Magistrat von
Bfz. hatte sich mit einer Anfrage an den
Magistrat des Jauern gemeldet, ob mit Rücksicht
auf die Entwertung der ausgegebenen ober-
erschlesischen Gemeinbewahler eingetragen werden sollten.
Darauf ist vom Magistrat der telegraphische
Bescheid eingegangen, daß die Einführung stat-
finden soll.

§ (Amerikanischer Grubenkauf
in Österreich-Schlesien.) Aus Mäh.-
Odrau wird gemeldet: Die Verhandlungen bezüglich
des Verkaufs des Bergwerksbesitzes des Grafen Ka-
rlo in Karwin an ein amerikanisches Kon-
zernum haben vor dem Abschluß. Es ist anzu-
nehmen, daß auch fest, daß amerikanisches Kapital sich
für die Gruben der W. Karlo interessiert. Ferner
verlautet, daß ein amerikanisches Kon-
zernum die Absicht hegt, die Nordbahngruben
zu erwerben.

§ (Einnahme der Sparsparnisse in
Deutschland.) Die deutschen Sparsparnisse
halten im September einen Zuwachs der Spar-
einnahmen in Höhe von 200 Millionen Mark
(1918 400 Mill., 1917 150 Mill.) nach seit
Zugrundelegung eines solchen von 5100 Mill. Mark
gegen 5150 Mill. in den ersten neun Monaten
1918 und 2560 Mill. Mark in 1917.

§ (Das Aufgeld für die Zollzahlung
in Gold.) betrug für die Zeit vom 16. bis
einschließlich 22. November 690 Prozent gegen
590 Prozent in der Vorwoche.

§ (Erläuterung zur Einlösung von
Zinscheinen.) Der „Kriegsminister“ bringt
eine Erörterung, durch die in gewissen Fällen
die Einlösung der Zinscheine von Kriegsanzlei-
hen und Schatzanweisungen mit dem Fällig-
keitstermin vom 2. Januar und 1. April 1920
erleichtert wird.

§ (Eine Vereinigung ehemaliger
Kriegsgefangener) kommt in Bfz. zur
Gestaltung. Insbesondere ist sich die Orts-
gruppe Bfz. des Bundes zum Schutze deutscher
Kriegs- und Zivilgefangener aus und überläßt
ihre Bemühungen an die neue Organisation. Von
den Kriegsgefangenen aus dem Kreise Bfz. sind
bisher über 300 heimgekehrt.

§ (Schwund der Kartoffeln.) Kartoffeln,
die während des Transports oder
der Lagerung im Keller Frostschaden erlitten
haben, sind zunächst von den nicht vom Frost
betroffenen vollständig abzusondern, weil die erfor-
nenen Kartoffeln beim Auftauen zu schimmel-
auswüchsen, die sonst gut erntet und hierdurch
die gesunde Kartoffel gefährdet. Gefrorene
Kartoffeln sind nicht durch Wärme aufzutauen,
sondern möglichst sofort in kaltes Wasser zu
legen, leicht angefeuchtet etwa bis zu einer
Stunde, stärker angefeuert etwas länger darin
zu lassen und dann gut trocknen, falls sie nicht
sogleich zubereitet werden soll. Während sie
im kalten Wasser liegen, ist selbstverständlich
darauf zu achten, daß diese nicht gefrieren. Es
empfiehlt sich, die Kartoffeln, die sich nach dem
Wasserbad nicht besonders hart anfühlen, sofort
zu verbrauchen.

§ (Appetitliche Zigarren.) In Bres-
lau wurde ein Fabrikant, der eine 30 Pig.
Zigarre unter der Marke „London Woks“ in
den Handel brachte, verurteilt, 1000 Mark,
Straf und — Ratenlot entrichtet, zu drei
Monaten Gefängnis verurteilt.

§ (Ratibor, 29. November.) In der Nacht
wurde in das Bismarckshaus von Streichholz
Nachfolger W. Matowski in der Neuen Straße
ein Einbruch verübt. Es sind Pelzwaren im
Werte von etwa 300000 Mark gehoben worden.
Auf die Ermittlung der Täter sind 600000 M.
Belohnung ausgesetzt.

Benachrichtigung.

Wie bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß der Herr Regierungs-Präsident in Oppeln unterm 13. d. Mts. J. N. I. C. XVIII 2486 die Genehmigung zur Errichtung einer Zweigstelle des Mietseinspruchsamts des Kreises Hybnitz für den hiesigen Stadtkreis unter dem Vorbehalt des Herrn Amtsrichters Dr. Felbner (Stellvertreter Herr Rechtsanwalt Dr. Zuder) erteilt hat.

Alle Mietstreitigkeiten sind für die Folge nicht mehr dem Mietseinspruchsamt in Hybnitz, sondern der hiesigen Zweigstelle zu unterbreiten.

Sohrau O/S. den 27. November 1919.

Der Magistrat. Reich.

Unter Bezugnahme auf die vorstehende Veröffentlichung wird auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats über Wohnraum wegen des Wohnungsmangels vom 23. September 1918 (R.G.B. S. 1143) und der Genehmigung des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 24. September 1918 St. 4 424 für den Bezirk des Kreises Hybnitz mit Ausnahme der Stadtkreise Hybnitz ausgedrückt:

§ 1.

Ohne vorherige Zustimmung des Kreisausschusses dürfen

- a) Gebäude, oder Teile von Gebäuden nicht abgetrennt werden,
- b) mehrere Wohnungen zu einer nicht vereinigt werden,
- c) Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken insbesondere als Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst- oder Geschäftsräume nicht verwendet werden.

Der Kreisausschuß darf die Zustimmung nur erteilen, wenn das Mietseinspruchsamt sich mit der Verlegung einverstanden erklärt hat.

§ 2.

Der Verfügungsberechtigte hat

- a) dem Kreisausschuß und Gemeinde- oder Ortsvorstande unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst- und Geschäftsräume oder sonstige Räume abgetrennt sind,
- b) dem Bauamt des Kreisausschusses über die unbenutzten Wohnungen und Räume sowie über deren Verwertung Auskunft zu erteilen und ihm die Verfügung zu gestatten.

Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leer stehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugewiesen werden kann oder, wenn der Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz dauernd oder zeitweilig in das Ausland verlegt.

§ 3.

Hat der Kreisausschuß dem Verfügungsberechtigten für eine unbenutzte Wohnung oder für andere unbenutzte Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, einen Wohnungsuchenden benachrichtigt und kommt zwischen ihnen ein Mietvertrag nicht zustande, so ist auf Anrufen des Kreisausschusses das Mietseinspruchsamt, falls für den Verfügungsberechtigten kein anderweitig-möglicher Nachteil zu befürchten ist, einen Mietvertrag fest. Der Vertrag soll als geschlossen, wenn der Wohnungsuchende nicht innerhalb einer vom Mietseinspruchsamt zu bestimmenden Frist bei diesem Widerspruch erhebt.

Das Mietseinspruchsamt kann dabei anordnen, daß der Kreisausschuß auf die Wohnungsuchenden als Mieter alle und berechnete ist, die Mieträume dem Wohnungsuchenden weiter zu vermieten.

§ 4.

Auf Anfordern des Kreisausschusses hat der Verfügungsberechtigte dem Kreisausschuß unbenutzte Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst- und Geschäftsräume oder sonstige Räume gegen Vergütung zu überlassen. Das Mietseinspruchsamt bestimmt die Höhe der Vergütung und die Zahlungsbedingungen, wenn eine Einigung hier nicht zustande kommt.

Der Kreisausschuß ist berechtigt, den Gebrauch der hergerichteten Räume einem Mieter zu überlassen, insbesondere zu vermieten.

§ 5.

Auf Anforderung des Kreisausschusses hat der Inhaber eine benutzte Wohnung, die in Verhältnissen der Zahl der Bewohner und billigen Gemessen des Mietseinspruchsamts als zu groß erscheint, die entbehrlichen Teile dieser Wohnung dem vom Kreisausschuß Benachrichtigten zu überlassen. Das Mietseinspruchsamt bestimmt die Zahl der abzutretenden Räume, die Höhe der Vergütung und die Zahlungsbedingungen, wenn eine Einigung nicht zustande kommt und trifft die sonst erforderlichen Anordnungen.

Der Verfügungsberechtigte hat hinsichtlich dieser Wohnungen dem Bauamt des Kreisausschusses Auskunft zu erteilen und ihm die Verfügung zu gestatten.



Nach Gottes barmherzigem Ratschluß entschlief heute nachmittags 1 1/2 Uhr, gestärkt mit den hl. Gnadenmitteln unserer Kirche, unser lieber guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Georg Tyrtania

im Alter von 28 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um das Almosen des Gebetes für den teuren Entschlafenen an

Sohrau O.-S., den 30. November 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, den 3. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr.

Auf die zahlreichen Anfragen zur Kenntnis, daß ich jetzt ständig

in **Pawlowitz O.-S.** wohne und daselbst täglich Sprechstunden halte.

San.-Rat Dr. Scheja. Telefon Nr. 4.

Ungenehme Selbständigkeit!

Fortkündend hoch-, flüchtig, fast mühelos u. reiches Einkommen wird durch Übernahme einer kleinen Beteiligung für den dortigen Markt erzielt. Keine Mit- oder Schreibezeit! Keine Versicherung oder Haftung! Jegliches Risiko ausgeschlossen! Sofort Bar-Verdienst! Geringer Kapitalumschlag! Deshalb ganz vorzüglich als Nebenverdienst! Auch geeignet für Off. u. D. oder Herren, selbst Damen, die ihre Einkünfte erhöhen wollen, ohne mit ihren Namen an die Öffentlichkeit zu treten. R. 2000. — wofür u. ab wie viel, verhandelbar. Angebote von nur 1000. R. werden auf 2000. an die Annoncen-Exped. von Carl Ludewig, Hannover erbeten.

Dasselbe gilt von baugleichen Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst- und Geschäftsräumen.

§ 6.

Insbesondere Einmischer oder neu zuziehender Personen dürfen Wohnungen, möblierte Zimmer oder sonst für Wohnzwecke geeignete Räume auch nicht mit Zustimmung des Gemeindevorstandes angedacht werden. Das Mietseinspruchsamt hat die Anordnungen, die zum Nachteil der einheimischen Einwohner erfolgen, seiner Zustimmung zu verweigern. Ausnahmen sind nur zulässig für solche Personen, die in der Gemeinde ihren Unterhaltungsbedarf oder ihren beruflichen Wohnsitz haben. Wird aus sonstigen Gründen die Einweisung seitens des Gemeindevorstandes für erforderlich erachtet, so entscheidet auf ihren Antrag der Regierungspräsident.

§ 7.

Mit Geldstrafe bis zu tausend Mark wird bestraft

- 1) wer einen von dem Kreisausschuß gemäß § 1 erlassenen Befehl zumiderhandelt,
- 2) wer einer vom Kreisausschuß gemäß § 2 erlassenen Anordnung zumiderhandelt, eine Anzeige oder eine Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erteiltet oder willkürlich unrichtig oder unvollständige Angaben macht oder eine Schlichtung nicht gestattet,
- 3) wer einer vom Kreisausschuß gemäß § 5 erlassenen Anordnung zumiderhandelt.

Die vorstehende Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Hybnitz, den 10. September 1919

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Eufeldt.

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, den 4. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr

werde ich in Dollwitz im Michalski'schen Gasthause — anderweitig gepfändet —

2 Stück Gänse

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Sohrau O.S., den 2. Dezember 1919.

Müller, Gerichtsvollzieher.

Ein möbliertes Zimmer

ohne Pension mit Schlafgelegenheit wird sofort gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

Weihnachtsfeier

Kath. Kleinkinderschule

Sohrau O.-S.

Sonntag den 7. Dezember 1919, nachmittags 4 Uhr

im Hermann'schen Saale.

PROGRAMM:

Begrüßungsgedicht.

1. Jetzt sollen sie nur kommen.

Weihnachtsspiel in 2 Aufzügen.

2. Jung und Alt. Reigen.

3. Die Wundergelte. Lustiges Spiel in 1 Aufzug.

4. Eine seltene Apotheke. Lustiges Spiel in 1 Aufzug.

5. Lustige Wäschermädel. Reigen.

6. Mutterrost und Kindesglück. Weihnachtsspiel in 2 Aufzügen.

Schlussgedicht.

Preise der Plätze: Sperrplatz 2 Mk., 1. Platz 1.50 Mk., Stehplatz 75 Pf. Vorverkauf auf der Sperrkarte bei P. Humold.

Montag den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr:

Wiederholung der Aufführung für Kinder.

Eintritt: Erwachsene 1 Mk., Kinder 50 Pf.

Zigaretten

rein orienatlicher Tabak, Goldmundhüt, F-Band, pr. 1000 260.— Mk., franko, rein liebes Tabak, prima, F-Band, Goldmundhüt, pr. 1000 215.— Mk., franko, Gebr. Koschany, Hultschin O.-S., Fernstr. 24 Zigaretten-Großhandlung, Fernstr. 24

Verloren goldener Trauring

gest. 585 K. L. 14. 2. 15. Abzugeben gegen Belohnung bei

Frau Anna Langer, Bahnhofstraße.

Zelida

Dauer-Wäsche

in allen Formen und Größen am Lager. Bitte genau auf Marke zu achten.

S. Berger, Inh. H. Schleier, Ring.

Geld gegen monatliche Rückzahlung besteht

R. Calderarow, Hamburg & Co.